

Drei Grad, die in den Abgrund führen

Klaus Wiegandt hat ein viel beachtetes Buch über die Folgen einer ungebremsten Erderwärmung geschrieben. In Saarbrücken stand es im Mittelpunkt einer spannenden Diskussion.



Klaus Wiegandt (links) diskutierte mit (von links) Carina Webel, Sebastian Thul und Klaus Helling unter der Moderation von Aline Pabst über die Dringlichkeit des Klimaschutzes. FOTO: SEBASTIAN DINGLER

VON SEBASTIAN DINGLER

SAARBRÜCKEN | Über den Klimawandel und seine Konsequenzen für die Menschheit sind schon sehr viele Bücher publiziert worden. Ein Aspekt fehlte jedoch noch laut Klaus Wiegandt, dem ehemaligen Vorstandssprecher der Metro AG und Gründer der Stiftung Forum für Verantwortung. Was passiert nämlich, wie es viele Forscher befürchten, wenn das Klimaziel von 1,5 Grad verfehlt wird und die Erde sich stattdessen um drei Grad aufheizt?

Am Mittwoch stellte der 83-Jährige sein Buch „3 Grad mehr“, das im August auf der Spiegel-Bestsellerliste stand, im Saarbrücker VHS-Zentrum vor. Zu Gast war auch der Staatssekretär im Umweltministerium, Sebastian Thul

(SPD). Er sagte, für ihn sei der Klimaschutz das wichtigste aller Anliegen der Landesregierung. Deswegen strebe das Saarland ein eigenes Klimaschutzgesetz an. „Wir wollen CO₂-Neutralität und den Flächenfraß beenden“, sagte Thul. Gleichzeitig wolle die Landesregierung möglichst viele Industriearbeitsplätze erhalten.

Wiegandt sprach über seine Motivation für das von ihm herausgegebene Buch. Jahr für Jahr seien die Klimaziele verfehlt worden. Und: „Von 1991 bis heute gab es mehr CO₂-Emissionen als in der ganzen Geschichte der Menschheit zuvor.“ Es habe sich ihm die brennende Frage gestellt, wie so etwas möglich war, ohne dass es in den Demokratien zu Massenprotesten kam.

Die einzig plausible Erklärung: „Die große Mehrheit der Menschheit weiß nicht, welche Folgen der Klimawandel hat, wenn wir das 1,5- Grad-Ziel nicht erreichen.“

Der ehemalige Top-Manager habe daraufhin eine millionenschwere Aufklärungskampagne geplant. Doch mit Corona seien auch die Absagen aus der Wirtschaft für zuvor versprochene Spenden gekommen. „Alles war vorbei, ich stand wieder bei Null. Das war die Geburtsstunde des Buches.“

Wiegandt sprach mit führenden Klimaforschern wie Stefan Rahmstorf und Hans Joachim Schellnhuber über seine Idee des „Blicks in die Heißwelt“ – also über die Situation, wenn sich die Erde durchschnittlich um drei Grad aufheizen würde. Was übrigens für die Landmasse einer Temperatursteigerung um sechs Grad entspräche.

Die Folgen wären dramatisch. Wiegandt sagte: „Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Milliarden Menschen verhungern und verdursten. Oder durch kriegerische Auseinandersetzungen um die letzten Ressourcen ihr Leben verlieren.“

Man dürfe diese Erhöhung der Temperatur niemals zulassen. Aber wie ließe sich noch dagegen ansteuern?

Die Lösungsvorschläge des Buch-Herausgebers waren: „Wir brauchen eine Mehrwertsteuer im Weltfinanzsystem.“ Nur 0,1 Prozent Transaktionssteuer auf Aktienkäufe brächten jährlich schon 40 Milliarden zusätzlich in die deutsche Staatskasse. Die zweite Geldquelle, die Wiegandt ins Spiel brachte, war die Erbschaftssteuer. Dabei denke er gar nicht an „Omas Häuschen“, sondern an die großen Vermögen. „Da müssen die Politiker ran.“

Was soll nun mit diesem Geld geschehen? Für Wiegandt steht an erster Stelle der Stopp der Abholzung der Regenwälder. Gerade dort solle wiederaufgeforstet werden, weil ein Tropenbaum dreimal so viel CO₂ absorbiere wie eine Eiche. Außerdem müssten die trockengelegten Weltmoore wieder „vernässt“ werden. Stahl und Beton sollten beim Bauen eine kleinere Rolle spielen, dafür mehr auf Holz gesetzt werden. Wiegandt war sich sicher, dass ein Staat wie Deutschland Einfluss auf die Verwendung von Geld in Ländern habe, wo der Regenwald steht.

Nach der Buchvorstellung startete eine von SZ-Reporterin Aline Pabst moderierte Diskussion, an der neben Wiegandt und Thul auch Carina Webel von der Arbeitskammer des Saarlandes und Professor Klaus Helling vom Umwelt-Campus Birkenfeld teilnahmen.

Webel brachte als weitere Geldquelle zur Umsetzung einer sozialverträglichen Transformation die Vermögenssteuer ins Spiel. Einen Graben zwischen Klima- und Arbeiterbewegung sah sie nicht. Um die Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz zu mobilisieren, brauche es ein sozial gerechtes Vorgehen.

Helling wiederum wies auf die kommunale Ebene hin, auf der man viel bewegen könne im Klimaschutz. Paradebeispiel dafür sei der Rhein-Hunsrück-Kreis, wo viel Wind- und Solarkraft installiert worden sei und die Bürger von den Einnahmen mit profitierten.

Thul beklagte, dass es in westlichen Demokratien einen ausgeprägten „Wachstumsfetisch“ gebe. Immer mehr Wachstum, das gehe doch gar nicht aufgrund der beschränkten Ressourcen.

Am Ende sprach Pabst die in jüngster Zeit viel diskutierten Protestaktionen von Klimaaktivisten an. Alle Diskussions Teilnehmer äußerten ein gewisses Verständnis dafür. „Aber niemand darf dabei verletzt werden, das ist die Grenze“, sagte Helling. Wiegandt sprach sich für das Engagement innerhalb unserer Demokratie aus. Die radikalen Umweltschützer von Extinction Rebellion seien für ihn aber eine Organisation, die unser ganzes System abschaffen wolle.



Verheerende Unwetter wie im Ahrtal (unser Bild) und in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021 sind nach Ansicht von Experten infolge Klimawandels häufiger zu erwarten. Foto: Boris Roessler/dpa

